

Antragsteller/Träger:

Ort, Datum:

GSE gGmbH
Gesellschaft für StadtEntwicklung
Geschäftsstelle „Kitaausbauprogramm“
Stargarder Str. 8
10437 Berlin

Antragsnummer (wird von GSE ausgefüllt)

2024 S _____

Anträge zur Förderung für das Programmjahr 2024 können nach Maßgabe vorhandener Fördermittel laufend gestellt werden

Der Antrag muss in zweifacher Ausfertigung mit rechtsverbindlicher/n Unterschrift/en eingereicht werden.

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zum bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung im Land Berlin - Kitaausbauprogramm, Programmjahr 2024, Starthilfe

- Gemäß Förderrichtlinie Kitaausbauprogramm für das Land Berlin in der Fassung vom 01.01.2024 -

Es werden Fördermittel in Höhe von _____ € zur Schaffung und/ oder Aktivierung von Betreuungsplätzen für Kinder in der nachfolgend genannten Einrichtung als Starthilfe beantragt:

1. Einrichtungsangaben

1.1 Einrichtungsname:

--	--

<input type="checkbox"/> Bestehende Einrichtung	<input type="checkbox"/> Einrichtung in Gründungsphase
---	--

1.2 Einrichtungsstandort:  Bitte vollständige Anschrift angeben

--	--

Bezirk:	Ggf. Einrichtungsnummer (ISBJ):
----------------	--

--	--

Bezirksregion	Kategorie	Nummer der Transparenzdatenbank (Berlin)
Schlüssel	Förderatlas	(gemäß 9.5 der o.g. Förderrichtlinie, weitere Informationen siehe Merkblatt zur Transparenzdatenbank)

	<input type="checkbox"/> wurde beantragt und wird nachgereicht.
--	---

Ein Auszug der Transparenzdatenbank (Berlin) mit den geforderten Angaben wie Anschrift, Sitz, Rechtsform, Gründungsjahr, Satzung, Gemeinnützigkeitsbescheinigung, Entscheidungsträger liegt bei bzw. wird nachgereicht.

1.3 Betriebserlaubnis gem. § 45 SGB VIII

- liegt mit Datum vom _____ für _____ Plätze vor.
- ist mit Datum vom _____ für _____ Plätze bei SenBJF - V D 2 - Kita-Aufsicht beantragt worden
- soll bei SenBJF - V D 2 - Kita-Aufsicht für _____ Plätze beantragt werden.
- Eine Erstberatung bei Neugründung ist erfolgt.
- Ansprechpartner/in bei der Kita-Aufsicht ist:

2. Trägerangaben

2.1 Vollständiger Trägername:  gemäß Eintrag im Vereins- oder Handelsregister	ggf. Trägernummer (ISBJ):

2.2 Trägeranschrift:

2.3 Erreichbarkeit des Trägers:

Telefon:	
Fax:	
E-Mail:	

2.4 Rechtsform:

- e.V.
- gGmbH
- Eigenbetrieb
- Stiftung des öffentlichen Rechts
- Sonstige

2.5 Gemeinnützigkeitsnachweis:

- Der Nachweis liegt als Anlage zu 2.5 bei.
- Der Nachweis ist am _____ beantragt worden.
- entfällt, weil _____

2.6 Mitglied im Verband:

2.7 Vorsteuerabzugsberechtigung:

- Nein
- Ja, der Nachweis liegt als Anlage zu 2.7 bei.

2.8 Bankverbindung:

Bank: IBAN (22-stellig): BIC:
DE_-----

Kontoinhaber:

2.9 Satzung oder Gesellschaftsvertrag:

 *Es muss stets eine Ausfertigung der aktuell geltenden Fassung der Satzung oder des Gesellschaftsvertrages sowie ein aktueller Vereinsregisterauszug vorliegen.*

a) Satzung oder Gesellschaftsvertrag

liegt als Anlage bei.

b) Der Vereins- oder Handelsregisterauszug

liegt als Anlage bei.

Eine notarielle Anmeldung ist beim Registergericht erfolgt.

Falls a) und b) nicht zutreffen:

gesetzliche Grundlage der rechtsgeschäftlichen Vertretung (Auszug)

Nachweis der Unterschriftsberechtigung

2.10 Zur rechtsgeschäftlichen Vertretung

befugte Person(en) des Trägers:

Unterschriftenprobe(n):

 *Name, Vorname in Druckbuchstaben*

1.

2.

3.

2.11 Ansprechpartner/in des Trägers für den Antrag und die Umsetzung des Vorhabens:

Name, Vorname:

Funktion:

Telefon:

Fax:

E-Mail:

2.12 Erklärungen des Trägers

a) Datenspeicherung

 Die Erhebung und Übermittlung von Daten ist auf der Grundlage der Landeshaushaltsordnung (LHO) in Nr. 9.6 der o.g. Förderrichtlinie geregelt.

Mir/uns ist bekannt, dass die im Antrag enthaltenen Daten durch die GSE - Geschäftsstelle - elektronisch gespeichert werden und die für die Programmdurchführung erforderlichen Daten an einen Service-Partner übermittelt werden.

Mir/uns ist bekannt, dass im Falle einer Förderung aus dem Förderprogramm Träger-, Einrichtungs- und Projektdaten an den Rechnungshof des Landes Berlin, die beteiligten Senatsverwaltungen von Berlin sowie parlamentarischen Ausschüssen übermittelt werden.

Mir/uns ist bekannt, dass vom Zuwendungsgeber die Zuwendung mit folgenden Angaben im Internet (Zuwendungsdatenbank) ggf. veröffentlicht wird:

- Name und Postanschrift des Zuwendungsempfängers,
- Art, Höhe und Zweck der Zuwendung.

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)

b) Bonitätsprüfung

Ich versichere/Wir versichern die Vollständigkeit der Angaben zur Finanzierung des Vorhabens und zum Finanzierungsplan, insbesondere zur Art und Höhe der zu erwarteten Einnahmen (Nr. 4 Finanzierungsplan).

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, alle im Antrag gemachten Angaben bei Bedarf zu belegen. Ich werde/Wir werden die Geschäfts- und Bewilligungsstelle zudem **unverzüglich schriftlich** unterrichten, wenn sich hinsichtlich von Umständen, zu denen ich/wir Angaben gemacht habe/haben, Änderungen ergeben.

Gleichzeitig erkläre ich/erklären wir, dass keine Vergleichs-, Konkurs-, Sequestrations- (Zwangsverwaltung) bzw. Vollstreckungs- oder Insolvenzverfahren gegen den Träger bevorstehen bzw. beantragt oder eröffnet sind.

 [Fortsetzung auf nächster Seite](#)

Mir/Uns ist bekannt, dass aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben unberechtigt erhaltene Finanzmittel unverzüglich zurückzuzahlen und ab Empfang mit 5 von Hundert über dem Basiszinssatz zu verzinsen sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben, die im Antragsverfahren nach Nr. 3.4.1 bis 3.4.3 Ausführungsvorschriften (AV) zu § 44 LHO gemacht werden, als subventionserheblich gelten. Die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 (Strafgesetzbuch) StGB ist mir/uns bekannt.

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)

2.13 Antrag zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn

Für die Umsetzung des Vorhabens wird die Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn beantragt.
Begründung:

Uns/Mir ist bekannt, dass rechtliche Verpflichtungen (Auftragsvergabe, Vertragsabschlüsse etc.) für das Projekt erst eingegangen werden dürfen, wenn die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns erteilt wurde.

Mir/Uns ist ferner bewusst, dass mit der Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns keine Zusage für die Gewährung einer Zuwendung verbunden ist.

Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)

3. Projektangaben/Vorhaben

3.1 Förderzweck

Mit den Fördermaßnahmen sollen langfristig

 Anzahl bitte eintragen

neue Plätze für die Kindertagesbetreuung im Land Berlin **geschaffen** und/oder
vorhandene Plätze **aktiviert** werden.

3.1.1 Unterteilung in U 3 und Ü 3 - Plätze

 Anzahl bitte eintragen

U 3- Plätze

Ü 3- Plätze

 **Wird die Kita neu gegründet/errichtet, dann bitte bei Nr. 3.3 des Antragsformulars weiter.**

3.2 Platz- und Belegungszahlen bei bestehenden Einrichtungen

3.2.1 bei Platzerweiterungen

 Anzahl bitte eintragen

erlaubte Plätze der Einrichtung nach **aktueller** Betriebserlaubnis

geplante neue Plätze der Einrichtung

Vertragliche Belegung der Einrichtung am Stichtag 31.12.2023:

Plätze insgesamt

3.2.2 Aktivierung von Plätzen

 Anzahl bitte eintragen

Erlaubte Plätze der Einrichtung nach aktueller Betriebserlaubnis:

Geplante zu aktivierende Plätze der Einrichtung:

Vertragliche Belegung der Einrichtung

am Stichtag 31.03.2023: Plätze insgesamt.

am Stichtag 31.03.2022: Plätze insgesamt.

am Stichtag 31.03.2021: Plätze insgesamt.

3.3 Begründung des Förderzwecks durch Beschreibung der Ausgangssituation

 (z.B. Nachfrage, Bedarfe in der Bezirksregion, bauliche Situation der Einrichtung)

Bestätigung des zusätzlichen Bedarfs in der Bezirksregion durch das zuständige Bezirksamt ist als Anlage zu 3.3 beifügt.

3.4 Inhaltliche Beschreibung des Vorhabens zur Erreichung des Förderzwecks „Schaffung von Plätzen“ sowie Beschreibung/Nennung der beantragten Maßnahme

(bauliche Veränderung bestehender Räume unter Berücksichtigung der vergaberechtl. Voraussetzungen, Nutzungsänderung, Ausstattung)

 Fortsetzung auf nächster Seite

Voraussichtlicher Umsetzungszeitraum	Voraussichtlicher Zeitpunkt der geplanten Inbetriebnahme
<i>☞ ggf. unterteilt in Projektabschnitte unter Berücksichtigung der Maßnahmenarten unter 3.5 des Antrages</i>	

4. Finanzierungsplan (siehe Nr. 1.2 Satz 1 ANBest-P)

4.1 Kosten / Ausgaben	Betrag in Euro
Kosten für die beantragte/n Maßnahme/n (Kostenaufstellung/Kostenschätzung als Anlage bitte beifügen)	

4.2 Einnahmen	Betrag in Euro
Fördermittel SenBJF <i>(bis zu 2.000 € pro Platz maximal 50.000 €)</i>	
Eigenmittel <i>(vgl. 10.5 der Förderrichtlinie)</i>	
Zuwendungen von anderen behördlichen oder nichtbehördlichen Stellen zur Sicherstellung der Gesamtkosten des Vorhabens <i>(z.B.: PS-Sparen und Gewinnen, Förderung aus Programm des Bundes)</i>	
Drittmittel z.B.: Spenden, Stiftungsgelder usw. <i>(vgl. 10.5 der Förderrichtlinie)</i>	
Einnahmen insgesamt	

Die Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein.

5. Sicherung der Gesamtfinanzierung

Kostenschätzung für das Gesamtvorhaben
für die Herrichtung der neu zu schaffenden Plätze in Euro:

Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist gesichert. *(vgl. Nr. 6.3 letzter Satz der Förderrichtlinie)*

6. Gebäudeangaben

Das Gebäude befindet sich

im Eigentum des Antragstellers.

im Eigentum des Landes Berlin.

in Privatbesitz

 *Wenn sich das Gebäude in Privatbesitz befindet, können nur nutzerbedingte bauliche Maßnahmen gefördert werden. Eine Wertsteigerung von privatem Eigentum durch Fördermittel ist ausgeschlossen.*

Sonstiges:

Der für den Betrieb der Kindertageseinrichtung bestehende

- Mietvertrag
- Pachtvertrag
- Nutzungsvertrag
- Es besteht für das Gebiet des Projektes ein städtebaulicher Vertrag.
- Es besteht für die Liegenschaft ein Erbbaurechtsvertrag mit Sonderverpflichtung (z.B. 1€ -Kauf)
- Sonstiges:

Die geltenden Verträge / der geltende Vertrag

- liegen/liegt als Anlage zu 6. bei.
- werden/wird nachgereicht bis zum:

Der geltende Vertrag läuft bis zum:

- Die Mindestlaufzeit laut Förderrichtlinie ist damit eingehalten.

7. Weitere Erklärungen des Trägers

7.1 Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Mir/Uns ist bekannt, dass die Verordnung über die Berücksichtigung der aktiven Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Gewährung freiwilliger Leistungen aus Landesmitteln (Leistungsgewährungsverordnung - LGV) ab einer Zuwendungssumme von 25.000 € **und** einer Beschäftigung von mehr als 10 Arbeitnehmer/innen verpflichtend ist.

Die LGV findet Anwendung: ja nein

Die Verpflichtungserklärung gemäß § 3 Abs. 1 der LGV füge/n ich/wir bei.

 *Die Verpflichtungserklärung ist vollständig auszufüllen, d.h. es sind in jedem Falle Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu nennen.*

7.2 Gender-Angaben

Aufgrund eines Beschlusses des Abgeordnetenhauses ist die Bewilligungsstelle gehalten, im Zusammenhang mit der Zuwendungsgewährung, Informationen zur geschlechtergerechten Verteilung (Gender) zu erheben. Sie behält sich daher vor, Angaben zur Teilnehmerstruktur (weiblich/männlich) und zur geschlechtsspezifischen Beschäftigungsstruktur anzufordern.

Sofern formalisierte Verwendungsnachweise eine entsprechende Datenerhebung nicht vorsehen, sind vom Zuwendungsempfänger entsprechende Angaben in den Sachbericht aufzunehmen.

7.3 Landesmindestlohngesetz

Ich erkläre/Wir erklären, dass

- ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung mindestens nach dem Mindestlohngesetz für das Land Berlin (Landesmindestlohngesetz) vom 18.12.2013 (GVBl. S. 922) oder einer aufgrund des Landesmindestlohngesetzes erlassenen Rechtsverordnung jeweils aktuell maßgeblichen Mindestlohnes solange und soweit ich/wir vom Land Berlin Zuwendungen erhalte/erhalten, nachkomme/n und Kontrollen der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Bewilligungsbehörde für alle bei mir/uns im Inland beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne von § 3 Landesmindestlohngesetz - ungeachtet des Umstandes, ob sie konkret in einem geförderten Projekt oder in einer institutionell geförderten Einrichtungen tätig sind oder nicht - insbesondere durch Einblick in die Entgeltabrechnungen unverzüglich ermöglichen und unterstützen werde/werden.
- ich/wir in den Fällen, in denen Leistungen, die zur Erfüllung eines Zuwendungszwecks im Rahmen von Dienst- und Werkverträgen an Dritte vergeben werden, von diesen die schriftliche Verpflichtung verlangen werde/werden, ihren die Leistungen ausführenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne von § 3 Landesmindestlohngesetz dabei mindestens den Mindestlohn nach Maßgabe des § 9 Landesmindestlohngesetzes zu zahlen, und Kontrollen der Einhaltung dieser Verpflichtung durch die Bewilligungsbehörde insbesondere durch Vorlage der schriftlichen Verpflichtung unverzüglich ermöglichen und unterstützen werde/werden.
- ich mir/wir uns dessen bewusst bin/sind, dass im Falle eines geltenden höheren bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns oder Branchenmindestlohns der Landesmindestlohn davon verdrängt wird und somit der höhere Mindestlohn des Bundes/der Branchenmindestlohn zu zahlen ist.
- ich mir/wir uns dessen bewusst bin/sind, dass ein Verstoß gegen diese Verpflichtungen zur ganzen oder teilweisen Rückforderung der gewährten Zuwendungsmittel führen kann.

7.4 Maßnahmenbeginn

 ...Auf der Grundlage der LHO ist in Nr. 10.2 der o.g. Förderrichtlinie festgelegt, dass grundsätzlich nur Maßnahmen gefördert werden, die vor Bewilligung der Förderung noch nicht begonnen worden sind.
Eine Förderung von bereits abgeschlossenen Maßnahmen ist ausgeschlossen.

Ich erkläre/Wir erklären, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde. Mir/uns ist bekannt, dass ohne Zustimmung der GSE - Geschäftsstelle - zu einem vorzeitigen Maßnahmenbeginn mit dem Vorhaben nicht begonnen werden darf.

8.5 Schutzerklärung

Ich erkläre/Wir erklären sicherzustellen, dass ich bzw. die zur Erfüllung der Maßnahme / des Projektes eingesetzte Personen keine demokratiefeindlichen, antisemitischen, rassistischen und sonstigen menschenverachtenden Inhalte anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten und derartigen Bestrebungen oder Aktivitäten entschieden entgegenzutreten.

7.6 Erklärung zur Förderung der Vorhaben

Für die o.g. Einrichtung wurden in der Vergangenheit öffentliche Fördermittel aus Förderprogrammen bewilligt und ausgezahlt:

ja nein.

Bei ja:

Folgende Fördermittel wurden in Anspruch genommen:

Fördermittelgeber	Förderprogramm/ Projektnummer/Förderzweck	Fördersumme	Förderjahr	Zweckbindung bis:

Ich versichere/Wir versichern, dass für die **beantragten Maßnahmen** aus keinem anderen öffentlichen Förderprogramm Fördermittel bewilligt worden sind (**Ausschluss der Doppelfinanzierung**).

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, der GSE - Geschäftsstelle - **unverzüglich** mitzuteilen, wenn für einen Teil der hier beantragten Maßnahme(n) aus anderen öffentlichen Förderprogrammen beantragte Fördermittel bewilligt werden. Des Weiteren verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, im Falle einer Mittelreservierung und Förderung aus dem Kitaausbauprogramm parallele Anträge auf Fördermittel für diese Maßnahme aus anderen öffentlichen Förderprogrammen zurückzuziehen. Förderungen anderer Vorhaben und Maßnahmen als dem/den hier beschriebenen bleiben davon unberührt.

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)